

**D            GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE**

**DA          ALLGEMEINES; EPOCHEN**

**DGAA       Deutschland**

**1918 - 1924**

**Gewaltmonopol**

**AUFSATZSAMMLUNG**

**22-2        *Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918-1924)* / hrsg. von Andreas Braune, Michael Dreyer und Sebastian Elsbach. - Stuttgart : Steiner, 2021. - XXIV, 282 S. : 2 Ill. ; 24 cm. - (Weimarer Schriften zur Republik ; 16). - ISBN 978-3-515-13152-0 : EUR 56.00  
[#7753]**

In den gängigen Darstellungen zur Weimarer Republik werden die Jahre 1918 bis 1923/1924 zu Recht als Krisenjahre beschrieben, auf welche folgend eine Phase der scheinbaren Konsolidierung und schließlich infolge der Weltwirtschaftskrise die Zeit der Auflösung des Systems dargestellt wird. Die gewaltsam ausgetragenen politischen Konflikte in der Anfangsphase der neuen Demokratie erschweren in der gegenwärtigen Zeit der 100. Jahrestage eine Fokussierung des Gedenkens in Gesellschaft und Politik auf einzelne Ereignisse wie die Ausrufung der Republik, die Unterzeichnung des Waffenstillstandes oder die Verabschiedung der Reichsverfassung. Bei aller medialen Befürwortung des demokratischen Neubeginns und des Kriegsendes dürfen aus historischer Sicht nicht die gewaltsamen Auseinandersetzungen und damit die Fortdauer der ausgesprochenen Krisensituation übersehen werden. War doch beispielsweise die Lage in Berlin ein Grund, warum die Nationalversammlung nach Weimar ausweichen mußte. Dementsprechend ist es auch aus wissenschaftlicher Sicht ergiebiger, anlässlich der runden Gedenktage einen Teil oder mehrere Aspekte über die erste halbe Dekade der Republik herauszugreifen anstatt nur Einzelereignisse. So hatte das Bayerische Armeemuseum sinnvollerweise für seinen 2018 erschienen Ausstellungskatalog die Jahre 1918 bis 1923 herausgenommen und mit *Friedensbeginn?*<sup>1</sup> überschrieben, um den andauernden Konflikten Rechnung zu tragen. Während etwa Sabine Holtz und Gerald Maier in ihrem Band *Von der Monarchie zur Republik* den politischen Umbruch sowie den gesellschaftlichen Wandel als „Beiträge zur Demokratieggeschichte des

---

<sup>1</sup> *Friedensbeginn?* : Bayern 1918 - 1923 / hrsg. von Dieter Storz und Frank Wernitz. - Darmstadt : wbg Theiss, 2018. - 407 S. : Ill. - (Kataloge des Bayerischen Armeemuseums ; 18). - ISBN 978-3-8062-3900-3.

deutschen Südwestens 1918 - 1923“ herausgegriffen haben,<sup>2</sup> konzentrieren sich Andreas Braune, Michael Dreyer und Sebastian Elsbach auf die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols. Der Band ist das Ergebnis der 5. Fachtagung der Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Kooperation mit dem Verein Weimarer Republik e.V. vom Februar 2020.

Die Herausgeber gliedern den Band<sup>3</sup> nach der Einleitung sowie einer thematischen Einführung in drei Sektionen. Während jene zur Infragestellung des demokratischen Gewaltmonopols sechs und jene zu dessen Etablierung und Sicherung fünf Aufsätze enthält, besteht die letzte Sektion zur Rezeption nur aus zwei Beiträgen. Der Band enthält eine Abbildung, bei der es sich um ein Plakat der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Reichstagswahl von 1920 mit der Aufschrift „Bürgerkrieg oder Demokratie“ handelt. (S. VII). Die einzige Tabelle des Buches, enthalten im Aufsatz von Sebastian Elsbach, verzeichnet gewaltsame Aufstände zwischen 1918 und 1924 mit der Anzahl der Todesopfer und den entsprechenden Regierungsgegnern auf (S. 14). Über ein Orts-, Personen- oder Sachverzeichnis verfügt der Band leider nicht. Dafür wurde die sehr leserfreundliche Zitationsweise gewählt, die verwendete Literatur zunächst in den Fußnoten im Kurzzitat zu nennen und im Anschluß an alle Aufsätze nochmals im Vollzitat alphabetisch aufzuführen.

Einleitend zitiert Andreas Braune einen Text von Max Weber aus dem Jahr 1919, nach dem es auch für den demokratischen Staat elementar ist, daß er „das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit mit Erfolg beansprucht“ (S. IX). Auch verweist er auf Norbert Elias, der für die Weimarer Republik ein „defektes“ Gewaltmonopol diagnostizierte, da es immer wieder zu „Durchbrechungen“ des staatlichen Alleinanspruches zur Anwendung von körperlicher Gewalt kam. Braune macht zudem als Besonderheiten der Anfangszeit von Weimar aus, daß „eine postrevolutionäre Situation“ vorherrschte und „mit dem Ebert-Groener-Pakt ein wichtiger Grundstein für die Integrität des Gewaltmonopols gelegt wurde“ (S. X). Zudem habe die Nachkriegssituation eines verlorenen Krieges geherrscht, in deren Folge die Demobilisierung des Heeres und damit die Integration der aktiven Kriegsteilnehmer ins Zivilleben umgesetzt werden mußte. Die Folge war jedoch die Bildung von Einwohner-, Bürger- und Arbeiterwehren als „quasi- oder parastaatliche Gewaltakteure“ (S. XI). Braune erklärt zutreffend, welche Ursachen auch in der außenpolitischen Situation zu suchen sind: „Verstärkt wurde dieses Problem durch die restriktiven Friedensbedingungen, weil sie die Bereitschaft vieler staatlicher Akteure erhöhten, Gewaltakteure oder gewaltaffine Praktiken zur Aufrechterhaltung des ‚Wehrgedankens‘ außerhalb des

---

<sup>2</sup> **Von der Monarchie zur Republik** : Beiträge zur Demokratiegeschichte des deutschen Südwestens 1918 - 1923 / hrsg. von Sabine Holtz und Gerald Maier. - Stuttgart : Kohlhammer, 2019. - XII, 198 Seiten : Ill. - 24 cm. - (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg : Reihe B, Forschungen ; 224). - ISBN 978-3-17-036524-7 : EUR 24.00 [#6685]. - Rez.: **IFB 20-1** <http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=10126> .

<sup>3</sup> Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1239845375/04>

Kernbestandes zulässiger staatlicher Gewaltakteure mindestens zu tolerieren, vielleicht sogar, sie heimlich zur fördern.“ Auch in der Russischen Revolution, womit er sich wohl in erster Linie auf den Putsch im November 1917 bezieht, sieht er „ein wichtiges, vielleicht sogar zentrales Hintergrundscenario der Anfangsgewalt der Weimarer Republik“, wurde durch die „Bolschewismusfurcht“ einerseits und die „Bereitschaft der extremen Linken zur gewaltsamen Fortführung der Revolution andererseits“ die Situation doch weiter verschärft. Aktuelle Forschungen über die gegenseitigen Wahrnehmungen und Reflexionen in Deutschland und Rußland bestätigen diese These.<sup>4</sup>

In der Konsequenz schafft das demokratische Gewaltmonopol „erst die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für Demokratie und etabliert eine zivile oder politische Prärogative gegenüber dem Militärischen und dem Polizeilichen“ (S. XIV). Hierbei erwies sich die Republik etwa trotz des Verhaltens der Reichswehr während des Kapp-Lüttwitz-Putsches „ausgesprochen resilient und abwehrbereit“ (S. XV).

Über das Ziel der Herausgeber schreibt Braune: „Wir fragen danach, ob die dann einsetzende ‚relative Stabilisierung‘ der Weimarer Republik nicht zuletzt deshalb möglich wurde, weil sich die Sicherheitslage seit der Revolution beträchtlich verbesserte und weil sich das staatliche Gewaltmonopol nach zahlreichen Angriffen als abwehrbereit und relativ gefestigt erwiesen hat“ (S. XV). Dabei betont er, die Untersuchungen sollen „im Sinne eines offenen Zukunftshorizontes aus dem Jahr 1924 auf die Jahre davor“ erfolgen und somit nicht durch die Eindrücke, die durch das spätere Scheitern der Republik geprägt sind. Zumindest diesem Anspruch dürfte wohl kaum einer der Beitragenden gerecht werden können. Zudem wirft Braune weitere Fragen zur Position des demokratischen Gewaltmonopols auf: „Zugleich begreifen wir die Weimarer Republik auch als Transformationsgesellschaft, die gerade in diesem Bereich der inneren Sicherheit die Transformation hin zu einem demokratischen Gewaltmonopol in die Wege leiten musste. Geschah dies? Wo waren Erfolge zu verbuchen, wo blieben sie warum aus? Welche Kräfte arbeiteten an Spaltung, Zersetzung, Durchbrechung des demokratischen Gewaltmonopols? (S. XV XVI).

Hierauf folgt noch ein weiterer einführender Aufsatz von Sebastian Elsbach zu *Der Deutsche Bürgerkrieg und das Versprechen des demokratischen Gewaltmonopols*. Der Autor liefert einen Forschungsüberblick, diskutiert den Begriff „Bürgerkrieg“ und reflektiert anregend die Herausforderungen für die Forschung, die gewaltsamen Konflikte der Zeit zu beschreiben. Zu Recht kann er die oft in der Geschichtswissenschaft mangelnde begriffliche Differenzierung für gewaltsame Konfrontationen nach dem Ersten Weltkrieg herausstellen.

---

<sup>4</sup> **Zeitenwende: deutsche und russische Erfahrungen 1917-1919** = На рубеже эпох: русский и немецкий опыт 1917-1919 гг. / Joachim Tauber und Aleksander Tschubarjan (Hrsg.). - 1. Aufl. - Berlin : BWV, Berliner Wissenschafts-Verlag, 2022. - 600 Seiten : Ill. ; 24 cm. - (Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ; 10). - ISBN 978-3-8305-5160-7 : EUR 89.00.

In den folgenden sechs Aufsätzen über die *Infragestellung des demokratischen Gewaltmonopols* stellt zunächst Mike Schmeitzner zu Recht das Gewaltpotential und die Agitationen von Links heraus. Der Kampf der KPD galt nicht allein dem Faschismus, sondern dem demokratischen System. Unter Anwendung von Gewalt war es das Ziel, den „politischen Pluralismus und das allgemeine Wahlrecht auszuhebeln“ (S. 44). Schmeitzner verweist richtig darauf, daß auch Rosa Luxemburg einen Bürgerkrieg, der ohne „Gewaltanwendung“ nicht auskommen könne, anstrebte (S. 32). Im Anschluß folgt von Marc Bartuschka mit dem *Kapp-Lüttwitz-Putsch in Thüringen* ein regionales Beispiel für die Gewalt des rechten Flügels gegen die Demokratie. Martin Sabrow<sup>5</sup> schildert *Die rechtsradikale Anschlagserie gegen die Weimarer Republik 1921/22* und Ingo Müller greift mit Paul Jorns, der als Untersuchungsrichter die Erschießung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vertuschen wollte und später als Staatsanwalt beim Reichsgericht und beim Volksgerichtshof wirkte, ein biographisches Beispiel für *Militärgerichtsbarkeit und Strafjustiz in der frühen Weimarer Republik* heraus. Hierbei zeigt sich für den Band ein bezeichnender Sachverhalt: Es wird ein interessanter Aspekt zum demokratischen Gewaltmonopol gut aufgearbeitet präsentiert. Doch sind die Fragestellungen und damit manche Thesen nicht ganz neu, wie ein kleiner Aufsatz von Richard Schmid aus dem Jahr 1961 zeigt, den Müller im Literaturverzeichnis nicht nennt.<sup>6</sup>

Es folgen ein Beitrag von Kathrin Groh über die *Bestimmung des inneren Feindes durch Reichswehr und Reichsgericht* und einer von Florian J. Schreiner über die Beziehungen von *Universität und Reichswehr* und damit die akademisch-militärischen Kooperationen als Stützen des staatlichen Gewaltmonopols. Schreiner kann überzeugend herausstellen: „Die Angehörigen der Universität ließen sich als Instrument von oft sozialdemokratisch geführten Regierungen vereinnahmen, deren politische Agenden sie dem Grunde nach missbilligten, während die politischen Entscheidungsträger in Kauf nahmen, die Handlungsfähigkeit des demokratischen Systems durch dessen Gegner sichern zu lassen“ (S. 121).

Die zweite Sektion *Etablierung und Sicherung des demokratischen Gewaltmonopols* eröffnet Martin Platt mit dem Thema *Die Gründung der Weimarer Republik und die performative Gewalt des Staates*. Er kann darlegen, wie Gewalt als Sichtbarmachung staatlicher Autorität fungierte und somit zum Ausdruck gebracht werden konnte, daß deren Monopol in den Händen derer lag, die die parlamentarische Demokratie erhalten wollten. Auch nicht inhaltlich neu, aber für das kollektive Gedächtnis erwähnenswert ist der Bei-

---

<sup>5</sup> Sein Buch *Die verdrängte Verschwörung* : der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution / Martin Sabrow. - Orig.-Ausg. - Frankfurt am Main : Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1999. - 276 S. : Ill. ; 19 cm. - (Fischer ; 14302 : Geschichte). - ISBN 3-596-14302-0 wurde Ende März 2022 wieder aufgelegt: **Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution** / Martin Sabrow. - Göttingen : Wallstein-Verlag, 2022. - 334 S. : Ill. ; 21 cm. - ISBN 978-3-8353-5174-5 : EUR 30.00.

<sup>6</sup> **Über die politische Haltung der Richterschaft seit Weimar** / Richard Schmid. // In: Gewerkschaftliche Monatshefte. - 12 (1961), S. 660 - 669.

trag von Walter Mühlhausen über *Friedrich Ebert und die Anwendung von Artikel 48 zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung*. Zum einen legt er dar, wie die ausführende Gewalt vom Militär in die zivile Hand des Präsidenten gelegt werden konnte. Zum anderen zeigt der Autor die stabilisierende Funktion jenes Paragraphen, der erst später zum Symbol für die Aushöhlung der Republik wurde. In einem weiteren Aufsatz von Sebastian Elsbach werden *Die Gewalterfahrungen bis 1924 und die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* thematisiert. Moritz Herzog-Stamm und Dietfrid Krause-Vilmar behandeln die Reformansätze der preußischen Polizei.

In der letzten Sektion liefert zunächst Helmuth Kiesel einen Themenaufriß zu *Revolutionäre und staatliche Gewalt in der Literatur der Jahre 1918 bis 1924 und 1928 bis 1933*, wobei die Auslassung der zwischenzeitlichen „Goldenen Zwanziger“ nicht wirklich begründet wird. Abschließend betrachtet Christian Faludi *Die Rezeption des Kapp-Lüttwitz-Putsches in vier politischen Systemen 1920 bis 1990* und damit in der Weimarer Republik, im Dritten Reich, der BRD und der DDR. Der Aufsatz ist schon durch die Fragestellung bereichernd, da zu diesem Thema in der Kulturgeschichtsschreibung bisher kaum gearbeitet wurde. Auf einer breiten Quellengrundlage wie Denkmälern, Festen und zeitgenössischen Presseberichten kann er einen langen Bogen des Gedenkens an einen einschneidenden Versuch der Beseitigung des demokratischen Systems schildern. Er verweist zu Recht darauf, wie dieses Ereignis sukzessive aus dem kollektiven Gedächtnis verschwand, was durch die gegenwärtigen politischen Entwicklungen um so erstaunlicher ist. Was bei Faludi leider fehlt, ist ein modernes kulturgeschichtliches Erklärungsmodell, mit welchem das durch den Fleiß des Autors gesammelte Material strukturierter aufbereitet und die Entwicklung der Narration sowie deren Verschwinden besser erklärt hätte werden können. Kritisch angemerkt werden muß, daß für die Akzeptanz und das Durchsetzungspotential des staatlichen Gewaltmonopols Aspekte vernachlässigt wurden, die zentral sind. Hierzu zählen in erster Linie die Bedeutung der wirtschaftlichen Lage und dabei insbesondere die Gewährleistung der Volksernährung.<sup>7</sup> Deren Gelingen war und ist der entscheidende Faktor für die Anerkennung und damit Durchsetzung des Gewaltmonopols bei jeder Staatsform. Zudem fehlt, wie Braune einleitend richtig andeutet, die Berücksichtigung des Verhältnisses Deutschlands zu seinen demokratischen Nachbarn. Denn beispielsweise die Besetzung westdeutschen Territoriums durch alliierte Truppen, dem die republikanische Regierung kaum etwas entgegensetzen konnte, trug sicherlich nicht zur Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols bei. Auch die verfassungsrechtliche Neujustierung des Verhältnisses von Reich und Ländern, insbesondere die „Trennung“ von

---

<sup>7</sup> **"Wenn der Mensch Hunger hat, hört alles auf"** : wirtschaftliche und soziale Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik (1914 - 1924) / Gunther Mai. // In: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat : zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft / hrsg. von Werner Abelshäuser. - Stuttgart : Steiner, 1987. - 337 S. : graph. Darst. - (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte / Beih. ; 81). - ISBN 3-515-04738-7. - S. 33 - 62.

Preußen und Reich als entscheidender verfassungsgeschichtlicher Einschnitt bei der Kompetenzverteilung.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang besaß auch das Ausnahmerecht in den Ländern als Teil des staatlichen Gewaltmonopols eine zentrale Rolle.<sup>9</sup> Dies gilt auch für die Herausforderung der kommunalen Selbstverwaltung, diese Exklusivität in der Region durchzusetzen.<sup>10</sup> Hinzu kommen die Relevanz der medialen Kommunikation der neuen Staatsform in der Presse<sup>11</sup> sowie die Ideengeschichte der Demokratie, insbesondere die grundsätzlich reservierte Haltung zu ihr auch in weiten Teilen der bürgerlichen „Mitte“.<sup>12</sup> Letztlich wäre auch die Sicherung der Demokratie in der Schlußphase der Krisenjahre unter Reichskanzler Wilhelm Marx 1923/1924 ein wichtiger Abschluß.<sup>13</sup> Zumal die Herausgeber sinnvoll das Jahr 1924 als Endpunkt gewählt haben und nicht wie so oft in der Forschung praktiziert das Vorjahr.

Diese Kritikpunkte schmälern den Wert der Beiträge des Buches nicht. Im Ergebnis legen die Autoren einen lesenswerten Band vor, der auch neue Erkenntnisse vermitteln kann.

Tobias Hirschmüller

#### QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

---

<sup>8</sup> **Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik** : 1918 - 1923 / Enno Eimers. - Berlin : Duncker & Humblot, 1969. - 503 S. - (Schriften zur Verfassungsgeschichte ; 11).

<sup>9</sup> **Bayern im Ausnahmezustand** : 1919 - 1923 ; zur politischen Funktion des bayerischen Ausnahmerechts in den ersten Jahren der Weimarer Republik / Thomas Lange. - 1989. - VI, 260, 71 S. - München, Univ., Diss., 1985.

<sup>10</sup> **Münster zu Anfang der Weimarer Republik** : Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924 / Ludger Grevelhörster. - Schernfeld : SH-Verl., 1993. - 253 S. : Ill. - (Paderborner historische Forschungen ; 4). - Zugl.: Paderborn, Univ., Diss., 1992. - ISBN 3-89498-004-4.

<sup>11</sup> **Republik ohne Chance?** : Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923 / Burkhard Asmuss. - Berlin [u.a.] : De Gruyter, 1994. - XVIII, 619 S.- (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte ; 3). - Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 1993. - ISBN 3-11-014197-3.

<sup>12</sup> **"Was ist das Volk?"** : Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917-1924 / Jörn Retterath. - Berlin [u.a.] : De Gruyter Oldenbourg, 2016. - VIII, 462 S. : Diagramme. - (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; 110). - Zugl. gekürzte und überarb. Fassung von: München, Univ., Diss., 2013 u..T.: "Volk" im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik : pluralistisches und holistisches Denken im Spektrum der politischen Mitte 1917-1924. - ISBN 978-3-11-046207-4.

<sup>13</sup> **Ermächtigungsgesetz und militärischer Ausnahmezustand zur Zeit des ersten Kabinetts von Reichskanzler Wilhelm Marx 1923/24** / vorgelegt von Sylvia Eilers. - 1988. - 327 S. - Köln, Univ., Diss., 1987..

<http://informationssysteme-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11389>

<http://www.informationssysteme-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11389>